

Mehr Demokratie wagen!

Die Wahlen sind vorbei. Der Wähler hat seine Schuldigkeit getan. Der Wähler darf abtreten, bis in fünf Jahren.

Das wäre an und für sich nicht so schlimm, wenn der Wähler wüßte, was in diesen fünf Jahren auf ihn zukommt. Wer weiß etwa nach diesem Wahlkampf, in welchem Sinne die Verfassung, der Basistext unseres Staatswesens, der ja bis auf wenige Artikel vollständig zur Revision freigegeben wurde, abgeändert werden soll. Die CSV verwies einfach systematisch auf ihre Leistungen in der Regierungsverantwortung, doch Antworten auf die großen Fragen der Zukunft blieb sie genauso schuldig wie die übrigen Parteien. LSAP und DP forderten eine neue Bildungspolitik; aber welche? (Bei ihren schwammigen Formulierungen dürfen sie sich nicht wundern, daß der Versuch mißlungen ist, das Thema zum Wahlkampfschlager hochzupuschen.) Und wie unterscheiden sich die verschiedenen Parteien bezüglich ihrer Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und soziale Deklassierung? Welche Partei brachte konkrete Vorschläge zur Landesplanung und zur Nutzung der Industriebrachen? Was verstehen die einzelnen Parteien konkret, d. h. für den Bürger spürbar, unter nachhaltiger Entwicklung? Welche engagierte sich für die Einführung von Ökosteuern zur Lenkung der Wirtschaft im Sinne einer Berücksichtigung der Interessen der Umwelt und der kommenden Generationen? Worauf sollen diese Steuern erhoben werden? Die LSAP wetterte zwar gegen die Kandidatur von Jacques Santer fürs Europaparlament, aber erklärte sie dem Wähler deutlicher als andere, welche Vorstellungen sie hat über die Zusammensetzung der EU-Kommission oder über die Rolle des Europaparlaments nach dem Beitritt der

osteuropäischen Staaten (außer daß man selbstverständlich einen Kommissar für Luxemburg fordert)?

Viele Fragen, deren Bedeutung für die Zukunft, für unsere Zukunft und die unserer Kinder, offensichtlich ist. Fragen aber, die im seichten Wahlkampf keine Antwort fanden, ja zumeist gar nicht gestellt wurden. Die Wahlanalyse in dieser Nummer wird aufzeigen, daß die Wähler sich in der Regel auch nicht nach solchen programmatischen Kriterien entschieden haben. Für politisch denkende Zeitgenossen ist diese Nicht-Auseinanderset-



zung über entscheidende Zukunftsthemen aber eine große Enttäuschung. Das Wahlergebnis mit starken Stimmengewinnen für das ADR ließ nicht auf sich warten. Wer das ein zweites Mal verhindern will, muß auf Aufklärung, auf politische Bildung setzen.

Diese Haltung, sich den wirklichen Problemen unserer Zukunft zu verweigern, die man bei (fast) allen Parteien ausmachen konnte, war ein Grund, warum fünf Nicht-Regierungsorganisationen schon vor den Wahlen gemeinsam ein Manifest ausgearbeitet haben, wie man die Demokratie in Luxemburg lebendiger gestalten könnte. *forum*, das mit seiner Redaktion zu den Mitautoren gehört, druckt den Text in dieser Nummer auf Seite 16 integral ab. Mit Willy

Brandt fordert dieses Manifest die Politiker/innen auf, mehr Demokratie zu wagen. Die Zivilgesellschaft muß unbedingt verstärkt in den politischen Entscheidungsprozeß eingebunden werden. Am Beispiel des Staatsrats haben wir in der vorigen Nummer aufgezeigt, wie undemokratisch wichtige Entscheidungen in Luxemburg zustande kommen, wie geschickt hingegen die Wirtschaftslobby ihre Interessen einzubringen versteht. Daß dann 37% der befragten Luxemburger bei einer ILReS-Umfrage sagen, die wichtigsten Entscheidungen fielen hinter verschlossenen Türen, ist nur logisch.

42% trauen hingegen eher den Umwelt-, Dritte-Welt- und Menschenrechtsorganisationen zu, neue Ideen und Visionen in die öffentliche Diskussion zu bringen, und Antworten zu finden, wie wir die Zukunft gestalten können. Der gemeinsame Forderungskatalog von fünf Nicht-Regierungsorganisationen, denen sich hoffentlich weitere anschließen werden, über die demokratische Umgestaltung unseres Staatsapparates ist ein Anfang. *forum* wird sich eine Ehre daraus machen, der Debatte über dieses Thema seine Seiten groß zu öffnen. *forum* hat sich noch immer als Organ verstanden, in dem einerseits das einseitige Informationsmonopol der kommerziellen Presse in Frage gestellt wird, und in dem andererseits die Vernetzung der vielen sektoriell arbeitenden Vereinigungen aus den sozialen, ökologischen, entwicklungspolitischen, kulturellen ... Bereichen vorangetrieben wird.

Gerade in Zeiten, wo die Biertisch-Politiker zur Partei hochstilisiert werden, ist eine aktive außerparlamentarische Opposition wieder gefragt.

michel pauly